Damals wie heute: der Kampf von Luxemburg, Liebknecht und Lenin gegen den Reformismus

Lenin, Liebknecht und Luexmburg,
drei der bedeutendsten Revolutionäre
des 20. Jahrhunderts

Vor 95 Jahren, am 15.01.1919, wurden Rosa Luxemburg und Karl-Liebknecht von einem rechtsextremen *„Freikorps“* ermordet. Jährlich gedenken tausende Revolutionär_innen, Linke und Internationalist_innen mit der sog. *„LL-Demo“* diesen historischen Persönlichkeiten, die sich Zeit ihres Lebens gegen Kapitalismus, den kapitalistischen Staat und imperialistischen Krieg und für eine sozialistische Gesellschaft und eine proletarisch-demokratische Wirtschaft einsetzten. Später wurde diese LL-Gedenkdemonstration durch ein *„L“* – das für Lenin steht – ergänzt. Dieser starb 1924 an den Folgen eines Terroranschlags der Sozialrevolutionären Partei.

Aber wer waren diese Personen und unter welchem Hintergrund fand ihr politisches Wirken statt? Diesen Fragen wollen wir in diesem Artikel nachgehen.

Die Degeneration der Sozialdemokratie und der 1. Weltkrieg

Im August 1913 beschloss die Sozialistische (Zweite) Internationale – ein internationaler Zusammenschluss der Sozialdemokratischen Parteien – am Vorabend des drohenden Weltkrieges entschlossen gegen jede Mobilisierung und Kriegsanstrengungen der kapitalistischen Länder vorzugehen. Sie beschlossen, die Umwandlung des imperialistischen Kriegs in einen Bürgerkrieg zu propagieren. Dieser würde die Folge der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse sein. Der Krieg sollte durch Massenaktionen wie Generalstreik und Besetzungen verhindert werden, welche mit der

Reorganisation der Gesellschaft durch Gründung von Streik- und Soldatenräten sowie Produktions- ,Konsum- und Verwaltungsgenossenschaften einhergehen sollten.

Jedoch vollzog sich schleichend eine Verbürgerlichung der praktischen Politik und Führung der einzelnen sozialdemokratischen Parteien, auch wenn auf dem Papier weiterhin der Sozialismus durch soziale Revolution gepredigt worden ist.

In Russland argumentierte der rechte Flügel wie Akimov, Kritschewski und Martynow – um das Propagandaorgan „Rabotscheje Delo“ (Arbeiterbelang)- die Möglichkeit der spontanen Entwicklung des revolutionären Bewusstseins durch legalistische, rein-gewerkschaftliche Praxis, theoretisches Zirkelwesen und lose Parteinetzwerke. Der linke Flügel um Lenin, Plechanow und Axelrod – welche die Zeitschrift „Iskra“ (Funke) publizierten – kämpfte für eine konkrete Praxis, die sich aus legaler wie konspirativer Arbeit zusammensetzte, jedoch immer die konkrete Arbeit mit dem revolutionären Sturz der feudal-kapitalistischen Herrschaft verband. Dafür sei eine zentralisierte Partei und Vorfeldstrukturen notwendig.

Eduard Bernstein – einer der bedeutendsten ideologischen Begründer des Reformismus der SPD und politischer Feind Rosa Luxemburgs, die ihn u.a. in Schrifen wie „Sozialreform oder Revolution“ widerlegte.

In Deutschland griff Bernstein mit seinem 1899 veröffentlichen Artikel „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ die Grundlagen des marxistisch-revolutionären Parteiprogramms an und argumentierte, dass die kapitalistische Entwicklung – entgegen der

marxschen These von Kapitalkonzentration, Krisen und Kriegen – mit der Verbesserung der sozialen Lage der Gesellschaft, also auch der Arbeiterklasse und einer Entwicklung der demokratischer Rechte einhergehe. Im Bunde mit dem liberal-demokratischen Bürgertum sei für die Arbeiterklasse der Übergang zum Sozialismus durch reine Reformen möglich und Radikalismus deshalb schädlich.

Diese ideologische Richtung des Reformismus fand in den Schriften Bernsteins jedoch nur ihren Ausdruck. Eine reformistische Praxis, zunächst in den Gewerkschaften, schlich sich bereits früher ein. Nachdem die frühkapitalistische Phase abgeschlossen war und die imperialistische Phase begann (siehe hierzu „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ von Lenin, Anm. d. Red.), wurden durch Ausbeutung anderer Länder Extraprofite freigesetzt, die es erlaubten, gezielten Kreisen der Facharbeiterschaft soziale und politische Zugeständnisse zu machen. Dies traf vor allem auf die intellektuelle Elite der SPD, den Parteiapparat und die Funktionäre der Gewerkschaften zu. Diese Kreise entwickelten sich von einem kämpferisch-avantgardistischen Milieu zu einer bürokratisch-versöhnlerischen Schicht – derArbeiterbürokratie – und sahen ihre Rolle nicht mehr im Kampf für Arbeitermacht und Formierung der neuen proletarischen Staatsgewalt, sondern in erfolgreichen Verhandlungen und der Eroberung von Staatsposten im bürgerlich-aristokratischen Staatsapparat.

Die Strömung innerhalb der Sozialdemokratie, welche auf einen versöhnlerischen, rein reformistischen Kurs drang, wurde bald als reformistisch bzw. revisionistisch bezeichnet. Ihnen gegenüber standen die Revolutionäre. Die beiden Strömungen entwickelten sich immer stärker auseinander. Die Entwicklung eines *„Marxistischen Zentrums“* um Karl Kautsky, welches zwischen den beiden Positionen vermitteln wollte, erschwerte nur diesen klaren Lösungsprozess und half den Reformisten schleichend die Partei und damit die Führung der Arbeiterklasse vieler Länder zu übernehmen. Diese arrangierten sich schließlich mit ihren einstigen Feinden. Und dies in einer Situation, wo die kapitalistischen Länder die Welt untereinander aufgeteilt hatten, keine neuen Märkte erobert werden

konnten und jede weitere Expansion einen globalen Krieg und Millionen von Toten Arbeitern und Bauern bedeuten musste.



Arbeiter grüßen zum „Burgfrieden“ Kaiser Wilehlm den II. – am Rande der Postkarte steht „Ich kenne keine Parteien mehr“

Mit dem Beginn des 1. Weltkrieges im August 1914 verletzten die Führungen die Prinzipien ihrer Partei und Klasse von internationaler Solidarität und unterstützten ihre nationalen Bourgoisien in ihren imperialistischen Aggressionen. Mit der Verkündung des *„Burgfriedens“* und der Bewilligung der Kriegskredite 1914 zerbrach die 2. Internationale und die internationale Klassensolidarität. Der Sturm nationaler Euphorie und die Paralyse der Arbeiterklasse musste erst nach der grausamen Kriegserfahrung und Millionen von Toten aufgebrochen werden.

International lösten die erfolgreiche Russische Revolution im Oktober 1917, der Sieg der Kommunisten und der sofortige Friedenschluss ein Signalfeuer in ganz Europa aus.



Die deutsche Admiralität will dem Gegner nicht die Deutsche Flotte nach der Niederlage überlassen. Matrosen meutern in Wilhelmshafen. Sie weigern sich ihr Leben zu Opfern, um die Flotte ein letztes mal vor Kriegsende gegen die britische Flotte zu schicken, um im Kampf unterzugehen.

Seit August 1918 häuften sich auch in Deutschland Fahnenflucht und Streiks,

die im November 1918 in einen Aufstand der Soldaten, Matrosen und Arbeiter_innen gipfelten (Novemberrevolution). Soldaten- und Arbeiterräte und –milizen wurden gebildet. Der Staat und das Militär wurden handlungsunfähig.

Die SPD wurde von den Ereignissen überrollt. Der parteiinterne Widerstand gegen ihren pro-kapitalistischen Kurs wuchs an. Die Jugendverbände hatten sich politisch von ihrer Partei distanziert und organisierten mit der Parteilinken um Luxemburg, Liebknecht, Mehring und Zetkin eine innerparteiliche Opposition.

Der Kaiser wurde abgedankt, um eine Radikalisierung der Bewegung zu bremsen. Scheidemann – der Liebknechts Proklamation der *„Freien sozialistischen Republik“* zuvorkommen wollte – rief die *„deutsche Republik“* aus.

Friedrich Ebert, Vorsitzender der SPD und Begründer der Kooperation mit der Obersten Heeres Leitung (OHL) um die Rechtsmonarchisten von Hindenburg und Ludendorf, argumentierte:*„ Wenn der Kaiser nicht abdankt, dann ist die soziale Revolution unvermeidlich. Ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde.“*

Durch den Pakt der SPD mit der OHL hatten die Kapitalisten und Konservativen noch ein Ass im Ärmel. Während die SPD sich an die Spitze der Arbeiter- und Soldatenräte stellte und die Revolution bremste, nahm sie durch den Rat der Volksbeauftragten die Funktion einer provisorischen Regierung ein und benutzte diverse *„politisch zuverlässigen“* Reichswehreinheiten
gegen jede politische Opposition aus ihrer eigenen Basis.

In den Jahren 1918 und 1919 liquidierte die SPD, Polizei, Reichswehr und Freikorps geschätzte 3.000 bis 5.000 Arbeiter_innen durch direktes militärisches Einwirken oder individuellen Mord zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung der Ausbeuter.

Der Kampf gegen den Reformismus und Imperialismus

Rosa Luxemburg – vor einer Versammlung des Spartakusbundes redend, eine der Vorgängerorganisationen der „Kommunistischen Partei Deutschlands“, die am 1.Januar 1919 geründet wurde.

Rosa Luxemburg und Wladimir Uljanov Lenin verfassten etliche Beiträge gegen den rechten reformistischen Flügel der Sozialdemokratie. Luxemburg widerlegte Bernsteins ökonomische Analyse und ihre politischen Schlussfolgerungen der systemimmanenten Reformarbeit:

„Und zwar ist die jeweilige gesetzliche Verfassung bloß ein Produkt der Revolution. Während die Revolution der politische Schöpfungsakt der Klassengeschichte ist, ist die Gesetzgebung das politische Fortvegetieren der Gesellschaft. Die gesetzliche Reformarbeit hat eben in sich keine eigene, von der Revolution unabhängige Triebkraft, sie bewegt sich in jeder Geschichtsperiode nur auf der Linie und solange, als in ihr der ihr durch die letzte Umwälzung gegebene Fußtritt nachwirkt, oder, konkret gesprochen, nur im Rahmen der durch die letzte Umwälzung in die Welt gesetzten Gesellschaftsform. Das ist eben der Kernpunkt der Frage.

Es ist grundfalsch und ganz ungeschichtlich, sich die gesetzliche Reformarbeit bloß als die ins Breite gezogene Revolution und die Revolution als die zusammengedrängte Reform vorzustellen. Eine soziale Umwälzung und eine gesetzliche Reform sind nicht durch die Zeitdauer, sondern durch das Wesen verschiedene Momente. (…)

Wer sich daher für den gesetzlichen Reformweg anstatt und im Gegensatz zur Eroberung der politischen Macht und zur Umwälzung der Gesellschaft ausspricht, wählt tatsächlich nicht einen ruhigeren, sicheren, langsameren Weg zum gleichen Ziel, sondern auch ein anderes Ziel, nämlich statt der Herbeiführung einer neuen Gesellschaftsordnung bloß unwesentliche Veränderungen in der alten. So gelangt man von den politischen Ansichten

des Revisionismus zu dem selben Schluss, wie von seinen ökonomischen Theorien: dass sie im Grunde genommen nicht auf die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung, sondern bloß auf die Reformierung der kapitalistischen, nicht auf die Aufhebung des Lohnsystems, sondern auf das Mehr oder Weniger der Ausbeutung, mit einem Worte auf die Beseitigung der kapitalistischen Auswüchse und nicht des Kapitalismus selbst abzielen.“

(Rosa Luxemburg, „Sozialreform oder Revolution?“, S.86f.)

Die Beseitigung der Auswüchse des kapitalistischen Systems kann jedoch auf der selbigen Grundlage nicht beseitigt werden. Krisen und Kriege gehören ebenso zum Kapitalismus wie Repression und Revolutionen. Hier hat Luxemburgs marxistische Theorie zum Nachweis kapitalistischer Krisetheorie beigetragen. Lenin bekämpfte den reformistischen Flügel in Russland wie auf internationalem Parkett hart. Er steuerte viele Beiträge zu Praxis und Theorie bei, sei es zum marxistischen Staatsverständnis und der Notwendigkeit eines revolutionären Sturzes in seinem berühmten Werk „Staat und Revolution“, zu Aufgaben und Ausrichtung der Arbeiterpartei (*„Was tun?“*), *„DerImperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“* oder des Kampfes gegen den Reformismus und Zentrismus (*„Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*“, Zentrismus bezeichnet eine zwischen Reform und Revolution schwankende Position, Anm. d. Red.).

Karl Liebknecht

Karl Liebknecht gehörte ebenfalls wie Luxemburg zur Parteilinken und war überdies Mitglied der SPD-Parlamentsfraktion. Er verfasste gute Beiträge gegen den Militarismus und Imperialismus (*„Militarismus und Anti-Militarismus“, „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“*), war glühender Anhänger einer starken revolutionären, unabhängigen Jugendbewegung und Jugendinternationale und verteidigte den nationalen Befreiungskampf gegenüber imperialistischen Staaten (*„Nationale Selbstbestimmung und Selbstverteidigung“*).

Formierung des politischen Widerstandes und der neuen revolutionären Arbeiterpartei

Liebknecht ruft am 09. November im Tiergarten die Räterepublik aus…

Während Lenin und die russische Sozialdemokratie diese Entwicklung vorhersahen, den parteiinternen Kampf führten und eine revolutionäre, sozialdemokratische Massenpartei vor der Revolution formierten, hielt die deutsche Linke bis 1916 an der SPD als Partei der Arbeiterklasse fest. Obwohl sie bereits 1914 eine innerparteiliche Opposition aufbauten, die sich gegen den imperialistischen Krieg aussprach (*„Gruppe Internationale“*), brachen sie erst 1917 mit der SPD und konstituierten sich als Linker Flügel der *„Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“* (USPD) als *„Gruppe Spartakus“*, später als *„Spartakusbund“*.

Als im November 1918 die deutsche Revolution begann und die USPD mit der SPD die provisorische Regierung formierte (*„Rat der Volksbeauftragten“*) erinnerte dies stark an die provisorische Regierung nach der Russischen Revolution im Februar 1917 (*„Februarrevolution“*, im Oktober 1917 folgte die sozialistische *„Oktoberrevolution“*, Anm. d. Red.). Die USPD schwankte zwischen Revolution und Verteidigung der bestehen Ordnung und sah die neuen Macht- und Staatsstrukturen, welche die Arbeiter- und Soldatenräte waren, lediglich als Kontrollorgane des bürgerlichen Staates. Auch in Wirtschaftsfragen waren sie geprägt von sozialistischen Phrasen und einem Ausgleich zwischen Arbeiter_innen und Kapitalisten, während die SPD und die Reichswehr Rat um Rat und Miliz um Miliz zerschlug und die alte Ordnung wiederherstellte.

Die Gründung der KPD durch den kommunistischen *„Spartakusbund“* und den *„Internationalen Kommunisten Deutschlands“* (IKD) war eine wichtige und richtige Entscheidung, um in der letzten Phase der Revolution die besten

Kräfte zu sammeln und eine politische Alternative zur Unfähigkeit der USPD und Verrat der SPD aufzubauen. Diese Entscheidung war jedoch – im Gegensatz zur russischen Entwicklung – bereits zu spät. Obwohl die Partei schnell wuchs, war die Zeit zu kurz um wichtige zentrale Fragen und Reifungsprozesse zu durchleben, wie das Verhältnis von legaler Arbeit zu Aufstand und Untergrund, Zentralismus zu Parteidemokratie sowie Einheitsfront zu Wahrung des politisch unabhängigen Profils.

> …wenige hundert Meter weiter rufen die Verräter der Revolution mittels Scheidemann (SPD) die parlamentarische Republik aus. Wenige Wochen später beginnen sie die Arbeiter- und Soldatenräte zu entmachten und lassen mehrere tausend aufständische Arbeiter erschießen!

Ohne eine revolutionäre Führung und erfolgreicher Aufstände führten der Rätekongress und die Nationalversammlung in Richtung bürgerlichem Parlamentarismus und Kapitalismus. Parallel hetzte die konservative sozialdemokratische Presse gegen die Linken und rief zu Mord bzw. zur *„Stunde der Abrechnung“* auf (*„Vorwärts“*, SPD-Parteizeitung). Die sog. *„Freikorps“* wurden zur Zerschlagung der Arbeiterräte, Arbeiterrepubliken oder –milizen bewaffnet, finanziert von Reichswehr, SPD, der Wirtschaft (u.a. der Deutschen Bank) und der rechtsextremen *„Antibolschewistischen Liga“*, die sogar Prämien für Morde an führenden Kommunisten auszahlte. Ermuntert griff die Reaktion erbarmungslos an und ermordete führende Kommunisten wie Levine, Muhsam, Landauer, Jogiches.

Liebknecht und Luxemburg wurden am 15. Januar 1919 von der Garde-Schützen-Kavalleriedivison unter Kommando des Generalmajors W. Papst in *„Schutzhaft“* genommen, gefoltert, freigelassen sowie *„auf der Flucht“* von Hinten

erschossen und in den Landwehrkanal entsorgt. Dazu notierte Papst in seinem Nachlass:

„Daß ich die Aktion ohne Zustimmung Noskes gar nicht durchführen konnte – mit Ebert im Hintergrund – und auch meine Offiziere schützen musste, ist klar. Aber nur ganz wenige Menschen haben begriffen, warum ich nie vernommen oder unter Anklage gestellt worden bin. Ich habe als Kavalier das Verhalten der damaligen SPD damit quittiert, dass ich 50 Jahre lang das Maul gehalten habe über unsere Zusammenarbeit.“

Nach der Identifizierung der Leichen erfasste ein Sturm der Entrüstung die SPD-Basis, die breite Arbeiterklasse und die gesamte sozialistische Linke. Viele Politiker, u.a. der Parteifreund Leo Jogiches setzten sich energisch für die Aufklärung der Tat ein. Dieser wurde jedoch daraufhin selbst Opfer eines Mordes. Nach bürgerkriegsähnlichen Arbeiteraufständen wurden die Freikorpssoldaten Runge und Souchon vor das Kriegsgericht gestellt, jedoch ihre Anklage gegen geringe Haft- und später Geldstrafen eingestellt bzw. gedeckt und aus Deutschland geschleust. W. Pabst – der Kommandant der Mordeinheit – wurde nicht angeklagt.

Damals und Heute!

Luxemburg-
Liebknecht-Lenin
Demonstration 2011 in
Berlin

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION gehen nicht auf die LLL-Demontration, weil wir einen traditionalistischen Personenkult pflegen wollen, sondern weil den Leistungen und (Lebens-) Opfer dieser Menschen ehren wollen. In dem Kampf gegen die rechte Degeneration der Sozialdemokratie, die wir bis heute von Hartz 4 über Afghanistaneinsatz bis hin zu Hungerlöhnen spüren, spielten Luxemburg, Liebknecht und Lenin eine herausragende Rolle.

Egal ob die Kritik am Verrat der Sozialdemokratie, der Jugendunterdrückung und Ausbildungsmisere, dem Kampf für demokratische Rechte, gegen Angriffskriege, Nationalchauvinismus oder utopischen Pazifismus – die heutigen Krisen und Kriege, die Führungs- und Selbstführungschwäche der Arbeiterklasse beweisen, dass ihre Analyse, Kritik und Schlussfolgerungen immer noch höchst aktuell und ein wichtiger Bestandteil revolutionären Wirkens heute sind und sein müssen.

Daher gilt damals wie heute:

- Kampf dem Kapitalismus und Liberalismus!
- Kampf dem Imperialismus und für nationale Selbstbestimmung und -verteidigung!
- Kampf für Frauenbefreiung und Freiheit der Sexualität!
- Kampf für Jugendbefreiung und Jugendinternationale!
- Kampf dem Reformismus und Stalinismus!
- Kampf für Marxismus und revolutionäre Internationale!
- Kampf für Basisbewegung und revolutionäre Gewerkschaften!
- Kampf für Arbeitermacht, globale Revolution, Rätestaat und sozialistische Weltrepublik!

Ein Artikel von Ernesto, REVOLUTION-Hamburg

Auf nach Magdeburg – Demonstration der Faschisten am 18.01. stoppen

Wie schon in den vergangenen 15 Jahren rufen Faschist_innen aus Magdeburg und bundesweit zu einer Kundgebung in Magdeburg am 18. Januar auf. Sie wollen die Bombardierung Magdeburgs im zweiten Weltkrieg

dazu benutzen, den Nationalsozialismus zu verherrlichen. Solche Aufmärsche sollen dazu dienen, mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und faschistischer Hetze auf Anklang zu stoßen und ihre eigenen Reihen zu schließen. Mittlerweile hat sich Magdeburg als zentraler Mobilisierungsschwerpunkt für die rechtsextreme Szene etabliert. Waren es 1998 weniger als ein Dutzend, waren es 2013 ca. 1000 Teilnehmer_innen. Jedoch beweist die Gegenmobilisierung nach Dresden in den letzten Jahren, dass Nazidemonstrationen durch Massenwiderstand blockiert und verhindert werden können. Daher gilt es jetzt nach Magdeburg zu mobilisieren!

Die „bürgerliche Mitte“ inszeniert sich demokratisch, bisweilen antifaschistisch, während sie in Medien und Politik Rassismus, Ausgrenzung und die deutsche Überlegenheit propagiert, um ihre imperialistischen Ambitionen zu beschönigen. Gleichzeitig werden Waffen an diktatorische Regime in die 3. Welt exportiert, Ressourcen ausgeplündert, Märkte dominiert und diese Länder in Halbkolonien oder EU-Vasallenstaaten des deutschen und europäischen Kapitals verwandelt. Flüchtlinge, die vor Bürgerkrieg, politischer Unterdrückung, Armut und Hunger, Auswirkungen deutscher Politik, fliehen, werden abgewiesen oder sterben zu hunderten an der Grenze zu Europa oder schon im Meer. Währenddessen überschlagen sich bürgerliche Zeitungen mit Hetze gegen die ’faulen Griechen’, Arbeitslose, Migranten, Jugendliche und Linke.

Gewalt und die Vorstellung eines autoritären Nationalstaates sind keine Erfindungen der Faschist_innen. Sie entstehen in der bürgerlichen Mitte und werden vom kapitalistischen System reproduziert, um die eigene Klassenherrschaft zu stärken und den Gegner (also uns alle) zu spalten. Rechtsextreme docken hier nur an. Sie selbst sind eine bürgerliche Bewegung und entwickeln diese Logik des Imperialismus und der Herrschaft weiter.

In Magdeburg nutzen Nazis die Strukturen städtischer Jugendförderung, um menschenverachtendes und rassistisches Gedankengut zu transportieren, indem in Jugendclubs Treffen von Kameradschaften, Konzerte mit rechtsextremen und rechtslastigen Bands organisiert werden. So wird vom Kampf gegen die bürgerliche Klassen abgelenkt und die unversöhnliche

Feindschaft in den Unterschiedenen zwischen Herkunft, Hautfarbe und Kultur, Religion oder Kleidungsstyl konstruiert, mit der selben Logik wie Konservative zwischen Geschlechtern, sexueller Orientierung oder Altersunterschied spalten.

Traurige Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind zahlreich zu finden. Darunter vier Morde, welche von vorherigen Besuchern dieser Jugendclubs aus dem rechten Milieu begangen worden sind und denen allesamt ein rassistischer Hintergrund zuzuschreiben ist. Übergriffe, Diskriminierungen und Pogrome zum Leidwesen von Migrant_innen, Ladenbesitzer_innen, alternativen Jugendlichen und Linken sind leider immer noch traurige Realität in Deutschland. Seit 1990 sind über 180 Menschen Nazis zum Todesopfer gefallen. Der vom Staat geschützte NSU, welcher Jahre lang im Untergrund gemordet hat und ein zunehmend rassistisches Klima, welches sich in der Mitte der Gesellschaft verankert, zeigen, dass Rassismus und Faschismus keine Probleme der Vergangenheit sind.

Gegen Faschismus helfen keine stillen Gedenken an die Opfer, pazifistische Lichterketten oder eine demokratische Aufklärungsarbeit an Schulen, sondern nur gemeinsamer, massenhafter Widerstand, getragen von regionalen und bundesweiten Mobilisierungen aus lokaler Bevölkerung, Gewerkschaften, Jugend- und Migrant_innenverbänden, linken Gruppen und Arbeiterparteien. Jedoch darf sich diese Bewegung nicht nur auf den Kampf gegen Faschismus als Übel beschränken, sondern sie muss den Kampf gegen den Kapitalismus als dessen Ursache aufnehmen, indem beispielsweise Streiks, Streikposten und Besetzungen, Betriebskämpfe und Bildungsproteste massenhaft unterstützt werden oder durch Proteste, Mieterinitiativen und Besetzungen die Rekommunalisierung und gesellschaftliche Kontrolle von Wohnraum, Energie und Nahverkehr erkämpft wird. Denn eins ist klar: Der Faschismus steht und fällt mit seinen Wurzeln.

Deshalb rufen wir bundesweit auf, mit REVOLUTION nach Magdeburg zu fahren, sowie sich an der Vorabenddemo in Magedburg am 17.01 am „Infoladen in Magedeburg um 18 Uhr in der Alexander-Puschkin Str. 20 zu beteiligen. Wenn du Interesse hast, kontaktiere uns unter

germany[ät]onesolutionrevolution.de und fahr mit uns aus Oldenburg, Bremen, Osnabrück, Berlin, Kassel, Leipzig, Zülpich, Stuttgart an oder triff uns vor Ort.

Lasst uns dem Faschismus, egal, in welcher Form er uns begegnet, gemeinsam und entschlossen entgegentreten – in Magdeburg und überall!

Aufruf von REVOLUTION-Deutschland

Unterstützt die Mobilisierung zum Schul- und Unistreik

Liebe Aktivisten und AktivistInnen, liebe Unterstützer und UnterstützerInnen des Refugee Protests,

seit mehr als einem Jahr befinden sich die Flüchtlinge nun im Streik, haben etliche Aktionen, Besetzungen und Hungerstreiks organisiert. Ein wichtiger Punkt, wo sich Aktive treffen konnten, von wo aus sich die Flüchtlinge artikulieren konnten und Aktionen ihren Ursprung fanden, ist der Oranienplatz in Berlin. Das weiß auch Innensenator Henkel und der bürgerliche Staat. So wurde schon von langer Hand eine breite Hetz-Kampagne seitens der Medien gegen das Camp am Oranienplatz geführt, die – nachdem sich das Bezirksamt geweigert, oder besser nicht getraut hat, zu räumen – nun zu einer Räumung durch Beschluss des Senats ab dem 18. Januar führen soll.

Wir, aktive SchülerInnen, Studierende, junge Arbeitende und Arbeitslose, wollen nicht tatenlos zusehen, wenn die Polizei die Flüchtlinge, die für uns zu Freunden, Nachbarn und politischen Aktivisten geworden sind, die wir unterstützen, vom Oranienplatz vertreibt. Diese Räumung wäre ein Angriff auf die gesamte Bewegung, auf unsere Forderungen, mit der der Protest

symbolisch gebrochen werden soll.

In Hamburg wird uns gezeigt, wie Widerstand und Solidarität organisiert werden kann. Wo es einen Streik von SchülerInnen gab, der durch die Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft unterstützt wurde und sich der Ver.di-Hamburg klar auf die Seite der Flüchtlinge gestellt hat. Deshalb wollen auch wir einen Streik an Schulen, Universitäten und Ausbildungseinrichtungen organisieren, denn nur wenn sich die Flüchtlinge und die hiesige Arbeiter-und Jugendbewegung verbinden, können wir erfolgreich sein.

Wenn es dem Senat gelingt gegen unseren Widerstand zu räumen, dann soll der politische Preis hoch sein. Wir wollen nicht nur mobilisieren, sondern auch über die Situation aufklären, Forderungen der Refugees übernehmen und für die Bildungseinrichtungen aufstellen. So betreffen auch viele Forderungen andere MigrantInnen, die bereits eine Aufenthaltsgenehmigung haben: kostenloser Deutschunterricht als Fremdsprache, das Recht in der Muttersprache unterrichtet zu werden oder der Kampf gegen den gängigen Rassismus im Schulsystem oder bei der Arbeitsplatzsuche.

Wir laden daher alle UnterstützerInnen der Proteste, alle aktiven SchülerInnen, Studierende und Auszubildende sich amDienstag, den 07.01. im BAIZ (Torstr./Christinenstr., Nähe U2 Rosa Luxemburgplatz) ab 18 Uhr zu treffen, um eine gemeinsame Mobilisierung, einen Aufruf und weitere Aktionen zu diskutieren. Im Zentrum soll allerdings die Planung eines Tag X gegen die Räumung stehen. Im Anhang findet ihr auch einen Entwurf für einen Bündnisaufruf, den wir zur Diskussion stellen wollen.

Mit solidarischen Grüßen

REVOLUTION – kommunistische Jugendorganisation

Bisherige Unterstützer für ein solches Bündnis sind:

Arbeitermacht, Neue Antikapitalistische Organisation, Red Brain, REVOLUTION, Revolutionäre Internationalistische Organisation, Revolutionärer Lesezirkel [HU],Sozialistische Initiative Berlin, Waffen der

Kritik

Uni- und Schulstreik am 13.02. in Berlin – Flüchtlinge bleiben, Henkel verteiben!

Wir alle kennen das Camp der Flüchtlinge am Oranienplatz. Es ist zu einem Symbol der Flüchtlingsbewegung und ihrer Forderungen geworden. Seit 2012 finden dort Demonstrationen und politische Initiativen ihren Ursprung gegen die menschenverachtenden Asylgesetze und die unzumutbaren Bedingungen unter denen die Menschen leben, die vor Krieg, Hunger, Armut und politischer Verfolgung, hierher fliehen.

Der jetzige Protest, der Schul- und Unistreik richtet sich gegen die Gesetze, die die Flüchtlinge zwingen weit unter der Armutsgrenze zu leben. Die ihnen verbieten, zu arbeiten und sich frei zu bewegen. Viele Flüchtlinge warten Jahre in Lagern und maroden Heimen auf die Bearbeitung ihres Asylantrags. Vier von Fünf werden abgelehnt. Die Deportation zurück in die Krisen- und Kriegsgebiete ist für die meisten das Ende ihrer Flucht.

Viele fliehen vor der Außenpolitik Deutschlands und der EU, die Krieg und ökonomische Ausbeutung in den Fluchtländer bedeutet. Doch die rassistische Grenzpolitik der EU hindert sie gleichzeitig an der Einreise. So sterben jährlich hunderte an den Grenzen Europas, die von paramilitärischen Verbänden wie FRONTEX abgeriegelt werden.

In Deutschland selbst werden ihnen grundlegende demokratische Rechte verweigert. In Hamburg, München oder Berlin wurden Proteste mit Abschiebungen und Repression vom Staat beantwortet. Das können wir nicht länger hinnehmen. „Gefahrenzonen“ wie in Hamburg und gewaltsame

Räumungsdrohungen in Berlin betreffen uns alle. Sie sind Angriffe auf die Meinungsfreiheit und politischen Protest überhaupt.

Das weiß auch Innensenator Henkel und die Berliner Regierung aus CDU und SPD. Insbesondere die CDU drängt daher auf eine gewaltsame Räumung, um die Bewegung zu unterdrücken. Sie will die politischen Forderungen aus der Öffentlichkeit verbannen. Eine Mischung aus Hetze und Heuchelei über die „unzumutbaren" Umstände soll von dem Wesentlichen ablenken – den Forderungen der Bewegung. Das die Flüchtlinge seit mehr als einem Jahr dort sind, zeigt nur, dass die Zustände in den Heimen und Lagern, in die sie die CDU zurückbringen will nicht besser sein können. Das müssen wir gemeinsam verhindern!

Deshalb organisieren wir SchülerInnen, Studierende, Auszubildende und junge ArbeiterInnen uns mit den Refugees. Ihr Protest und das Camp werden so lange bestehen, wie unsere Forderungen nicht umgesetzt werden. An dieser Überzeugung wird auch der Rassismus, der insbesondere durch CDU/CSU, die Presse und etliche Arbeitgeberverbände geschürt wird nichts ändern. Gerade deswegen ist auch in Berlin die Unterstützung der Gewerkschaften des gesamten DGB wichtig. Wir müssen uns alle ein Beispiel an Hamburg nehmen, wo die Gewerkschaft der LehrerInnen (GEW) und von ArbeiterInnen in der Dienstleistung (Ver.di) den Protest unterstützt haben.

Kommt zum Streik am 13.02., verteilt mit uns Flyer, baut Aktionskomitees an euren Schulen auf und gewinnt die Schülervertretung für den Protest. Auch die LehrerInnen sollten den Protest, genau wie ihre Gewerkschaft GEW in Berlin unterstützen.

Wir von REVOLUTION bieten allen SchülerInnen, die aktiv an ihrer Schule werden möchten, Fragen haben oder von Repression betroffen sind, unsere Hilfe an.

- Weg mit Polizeigewalt und Räumungsversuchen von Camp und Schule. Her mit kostenlosen Sanitäranlagen, medizinischer Versorgung und Verpflegung am Oranienplatz.
- Weg mit Lagern, Residenzpflicht und dem aktuellen Asylrecht.

Bewegungsfreiheit ist das Recht aller!
- Volle Bürger- und Arbeitsrechte für Flüchtlinge und MigrantInnen.
- Gegen die rassistische Abschottungspolitik der EU – Nie wieder Lampedusa!
- Kostenlosen Deutschunterricht als Fremdsprache vor Ort und das Recht, in der Muttersprache unterrichtet zu werden. Schluss mit rassistischen Inhalten in Bildungseinrichtungen und Lehrmaterialien.

REVOLUTION-Berlin

Schulstreik in Österreich: Ein starkes Zeichen gegen Bildungsraub!

In Österreich soll es neue Einschnitte für Lehrer_innen und Schüler_innen geben, in Form neuer Prüfungsordnungen und einem neuen Dienstrecht für Lehrer_innen. Dagegen regt sich seit Ende November Widerstand an den Schulen, an dem REVOLUTION sich tatkräftig beteiligt und zusammen mit anderen Organisationen zu zwei Schulstreiks im Dezember aufrief. Der folgende Text ist ein Bericht vom Schulstreik am 12. Dezember. Weitere Informationen über die Bewegung und ihre Perspektiven findest du auf der Homepage unserer österreichischen Sektion.

Wir waren dort, wir waren laut und wir waren viele: Beim Schulstreik am 12.12.2013 in der Wiener Innenstadt gingen ersten Schätzungen nach mindestens 5000 Schülerinnen und Schüler auf die Straße, in ganz Österreich waren es mindestens 10 000. Nicht nur die Schwächen und Fehlentwicklungen der Zentralmatura, auch das neue Lehrer_innendienstrecht und zahlreiche Mängel im Bildungssystem bis zum dahinter stehenden Kapitalismus wurden unter dem Motto der

Demonstration „Geld für Bildung statt für Banken!“ lautstark angegriffen. Doch auch wenn der Streik größer und kämpferischer war, als die meisten sich vorstellen konnten und sogar Vertreter_innen des BMUKK zu Gesprächen zwangen stellt sich mehr denn je die Frage: Wie kann der Kampf weitergeführt werden, so dass unsere Ziele erreicht werden?

Die ersten Demonstrationen des Tages hatten schon um 8:00 Uhr gestartet – von der Hegelgasse bewegten sich mindestens 300 Schüler_innen zusammen mit REVOLUTION-Aktivist_innen in einer Demonstration zum Treffpunkt vor dem Parlament, und auch aus anderen Schulen fuhren Schüler_innen zusammen zu der Aktion. Der unglaubliche Andrang, die lauten und koordiniert gerufenen Forderungen, die Schüler_innen immer wieder spontan riefen machten offensichtlich, dass die Bewegung sich nicht abwürgen würde lassen. „Weder die leeren Versprechungen der Bundesschüler_innenvertretung noch die Drohungen des BIFIE können uns am streiken hindern!“ stellte ein REVOLUTION-Aktivist in einer Rede vor dem Bundeskanzler_innenamt fest.

Nach einer kurzen, lauten und politisch starken Demonstration war die Demonstration schon am Ballhausplatz zu Ende, wo es schließlich noch zu Provokationen durch die Polizei kam. Weil einige Aktivist_innen mit Eiern auf das Kanzler_innenamt, in dem zu dem Zeitpunkt gerade Koalitionsverhandlungen stattfanden, geworfen hatten „musste“ die Polizei sich mit Schild, Helm und aggressivem Gestoße vor das Haupttor des BKA stellen. Schnell wurde klar, dass die Schüler_innen sich das nicht einfach so gefallen ließen und Gegenstände wie Plastikflaschen und Obst flogen in Richtung der Polizei. Die eskalierte ihr Vorgehen bis zur Auflösung der Demonstration mit Spezialeinheiten von der WEGA und der Hundestaffel, nahmen wahllos Personalien auf und bedrohten Demonstrant_innen mit Anzeigen. Wir von REVOLUTION lehnen diesen durchsichtigen Versuch, den Protest zu kriminalisieren und zu spalten klar ab und fordern die Einstellung aller Verwaltungsstrafen gegen die Demonstrant_innen! Es mag zwar nicht die effektivste Protestform sein, ein Gebäude mit Eiern zu bewerfen, der Unmut und die Gegenwehr der Schüler_innen gegen die Polizei-Provokationen war aber verständlich.

Auch die Verantwortlichen des BMUKK konnten sich der Durchsetzungsfähigkeit der Demonstrant_innen nicht entziehen und luden zum Ende Vertreter_innen der beteiligten Organisationen – aber keine Schüler_innenvertreter_innen – zum Gespräch ein. Dieses Gespräch war eine Farce, wobei es den Regierungsvertreter_innen auch nichts gebracht hätte, einen faulen Kompromiss anzubieten: Bis auf einige Personen aus der AKS forderten alle Beteiligten, dass Gespräche mit gewählten Vertreter_innen der Schüler_innen stattfinden müssten und live im Internet übertragen werden. Außerdem darf niemand irgendeiner Einigung zustimmen, ohne davor eine bindende Abstimmung unter den Schüler_innen durchzuführen.

Wenn die zahlreichen Forderungen aber mit Druck und transparenten, demokratisch kontrollierten Verhandlungen durchgesetzt werden sollen sind zwei Sachen wichtig.

Erstens müssen alle Schüler_innen und Aktivist_innen, die mit dieser Zentralmatura nicht zufrieden sind in Aktionskomitees ihre Forderungen sammeln und ausarbeiten. Eine gewählte und jederzeit abwählbare gemeinsame Struktur soll sich in Räumlichkeiten (oder österreichweit online) treffen, um die sich die beteiligten Organisationen kümmern können und über die Forderungen abstimmen. Wenn eine Einigung angeboten wird, muss es zudem zu einer Abstimmung in den Schulen kommen, ob sie angenommen werden soll. Nur so können wir Umfaller und Rückzieher, wie sie die BSV vorgemacht haben, verhindern!

Zweitens aber muss der Druck aufrecht erhalten werden und Kämpfe miteinander verknüpft werden. Die fürchterliche Zentralmatura, die Verschlechterungen die mit dem neuen Lehrer_innendienstrecht kommen und dort wo es in unserer Bildung noch an allen Ecken und Enden fehlt (von Mitbestimmung über baufällige Schulen und sozialer Auslese in den Schulen), das sind alles Probleme, gegen die wir kämpfen müssen – und wir können es gemeinsam tun. Darum müssen gemeinsam mit den Lehrer_innen für bessere Bildung und gegen das neue Dienstrecht, das massive Verschlechterungen für Lehrer_innen und Schüler_innen bringt, demonstrieren. Mit einem starken, lauten und solidarischen Schüler_innenblock können wir hier auch die Unterstützung der

Lehrer_innen und Lehramtsstudierenden für unsere Anliegen einholen!

Bildungsklau im ganzen Land – uns’re Antwort Widerstand!

Blockupy goes Arbeitskampf – Solidarität mit den Streikenden im Einzelhandel!

Heute, am 20.Dezember, fand vom Berliner Blockupy-Aktionsbündnis eine Solidaritätsaktion für die Streikenden im Einzelhandel statt. Ziel war es eine H&M-Filiale in der Friedrichstraße zu blockieren. So sollte Aufmerksamkeit für die prekären Beschäftigungsverhältnisse im Einzelhandel geschaffen werden. Während die Einzelhandelskapitalist_innen ein großes Geschäft während der Weihnachtszeit machen, kämpfen die Beschäftigten nach wie vor für einen Tarifvertrag.

Nachdem die Verhandlungen im Verlauf dieser Woche wiederholt ergebnislos ausgingen, entschied sich die Gewerkschaft ver.di für den heutigen Tag erneut in den Streik zu treten. Jedoch nicht um, wie vom Aktionsbündnis geplant, in Berlin einen Streik stattfinden zu lassen oder sich an der Blockade zu beteiligen, sondern um eine zentrale Streikversammlung in Cottbus zu veranstalten. Wochen zuvor ließ die ver.di-Führung dem Bündnis verlauten, dass sie nicht fähig dazu sein für diesen Tag in den Streik zu treten, da ein Großteil ihres Apparats sich zu diesem Zeitraum angeblich im Urlaub befände. Dies offenbart wiedermal die Angst und Unfähigkeit der Gewerkschaftsbürokratie den Streik auszuweiten und zu radikaleren Aktionsformen zu schreiten.

An der bunt gemischten Blockadeaktion beteiligten sich circa 50-70 Aktivist_innen. Auch Mitglieder von Revolution und der Gruppe

Arbeitermacht waren sowohl an der Vorbereitung, als auch der Aktion beteiligt. Mit einer Trommelgruppe, Materialien für die Kund_innen der Einzelhandelsfiliale und frohen Mutes bewegten wir uns in 2 Gruppen von einem Platz nahe der Humboldt-Universität in Richtung Friedrichstraße. Bei H&M angekommen stürmten Einige in den Laden und versuchten, den schmählich von Streikbrecher_innen offen gehaltenen Laden, in seinem Betrieb zu stören. Einige setzten sich vor die Kasse, andere traten in Diskussion mit den Kund_innen.

Doch die Polizei beschuldigte die Aktivist_innen des „kollektiven Landfriedensbruchs“ und warf sie aus der Filiale. Nach einer einstündigen Blockade zog die Gruppe geschlossen in Richtung S+U Friedrichstraße. Während die Polizei bereits auf der Demonstration vereinzelte Anzeigen verteilte, verhaftete sie noch zwei unserer Genoss_Innen unter dem Vorwand der Redelsführerei. Beide kamen jedoch nachdem wir die Polizeifahrzeuge an der Abfahrt hinderten nach kurzer Zeit wieder frei und dürfen sich nun höchstwahrscheinlich auf ihre Verfahren freuen.

Gemessen an der kurzen Mobilisierungszeit und der Tatsache, dass sich die ver.di-Führung einer gemeinsamen Aktion verweigerte, war die Aktion ein Erfolg. Auch viel der Passant_innen reagierten positiv auf die Blockade, die mit Flugblättern und Slogans wie „Löhne rauf“ oder „Tarifvertrag jetzt“ auf sich aufmerksam machte. Positiv war auch die Verbindung, die die antikapitalistische Blockupybewegung damit zu real stattfindenden Arbeitskämpfen geschaffen hat.

Doch sie hat auch eine wichtige Frage aufgeworfen. Wie verhalten sich die Aktivist_innen gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie, die gemeinsame Aktionen ablehnt oder wie bereits in fünf Bundesländern noch vor dem Weihnachtsgeschäft einen schlechten Tarifvertrag mit einer Laufzeit über 24 Monate abgeschlossen hat. Die Antwort ist simpel. Solche Aktionen müssen fortgesetzt werden und die Forderung an gemeinsame, breite und kämpferische Mobilisierung müssen weiter an die Gewerkschaft und ihre Führung gerichtet werden. Doch es braucht auch einer unabhängigen Perspektive, einer klassenkämpferischen Basisopposition in ver.di, die die zehntausenden Beschäftigten, die während des Streiks gewonnen werden

können, für ihre Forderungen konsequent organisiert. Denn eins ist sicher, die Kampfansage, die die Kapitalist_innen schon vor dem Streik mit der Aushebelung des Manteltarifvertrags gemacht wurde, wird auch in den kommenden Jahren zu Auseinandersetzungen führen. Das die reformistische Führung darauf keine Antwort geben kann und will, hat sie mit den jetzigen Abschlüssen, die weit hinter den Forderungen der Beschäftigten blieben bewiesen.

Ein Artikel von Wilhelm Schulz und Georg Ismael, REVOLUTION-Berlin

---

Refugee Protest Camp Vienna: Jetzt oder nie!

Seit vor etwas mehr als einem Jahr das Refugee Protest Camp Vienna (RPCV) nach einem Fußmarsch von Traiskirchen aus im Votivpark Zelte aufschlug waren die Kämpfe der Flüchtlinge das bestimmende Thema für revolutionäre Politik in Wien. Während sich die Flüchtlinge durch den Winter quälten, Rechtsradikale die Votivkirche „gegenbesetzten“ und die Bewegung schließlich erst aus der Kirche und dann aus dem Ausweichquartier Servitenkloster vertrieben wurden warf sich immer wieder die Frage auf: Können wir gemeinsam den Kampf gegen Rassismus und Abschiebungen gewinnen? Und trotz regelmäßigem Versagen der „Linken“ bei der Mobilisierung für Aktionen, einer Innenministerin die die Aktivist_innen als „brutale Schlepperbande“ verleumdete und konstanter Medienhetze aus allen Richtungen kämpft die Bewegung noch. Doch nach einem Jahr, vier Quartieren und mindestens 8 Abschiebungen ist klar: Etwas muss sich ändern, damit hier noch gewonnen werden kann.

Wir von REVOLUTION waren seit der Besetzung der Votivkirche aktiv im und um das Refugee Protest Camp Vienna aktiv, haben zu den Aktionen mobilisert, an einigen Plena teilgenommen und uns an der Verteidigung der Votivkirche gegen die rechtsradikalen „Identitären“ beteiligt. Eine der größten Stärken der Bewegung ist es, dass sie es geschafft hat den wichtigen Kampf von Flüchtlingen gegen staatlichen und alltäglichen Rassismus den meisten politischen Aktivst_innen ins Bewusstsein zu rufen. Größere und kleiner Mobiliserungen, gelungene und weniger gelungene taktische Schritte gegen staatliche Repression und rechte Hetze wurden zum Teil auch von linken Organisationen und Aktivst_innen unterstützt und weitergetragen, die Bewegung selbst machte es Betroffenen und Supporter_innen bis zu einem gewissen Grad möglich, gemeinsam politisch zu arbeiten.

Die Strukturen, die sich herausgebildet haben waren jedoch nicht in jeder Situation ideal: Gerade die langwierigen Plenumssitzungen und manche scheinbar unkoordinierten Aktionen machten es neuen Aktivist_innen und interessierten Supporter_innen schwierig, ihren Platz in der Bewegung oder auf den Aktionen zu finden. Eine demokratischere Form mit gewählten und jederzeit abwählbaren Aktivst_innen, die Aktionen vorbereiten und die Ergebnisse der verschiedenen Arbeitsbereiche und Arbeitsgruppen zusammentragen und die Umsetzung koordinieren wären dringend nötig. So könnte auch Verwaltungsarbeit transparent aufgeteilt werden, die sonst immer an denselben Aktivist_innen hängen bleibt. Wir glauben, dass eine demokratische und klarere Struktur die Kämpfe und Mobilisierungen nur stärken können.

Die erfolgreichen Aktionen der Bewegung haben jedoch vor allem von erfolgreichen Mobilisierungen und gelebter Solidarität gelebt. Das es nicht gelungen ist, diese Menschen dazu zu bewegen das RPCV längerfristig zu unterstützen und wichtige Aktionen wie die Kämpfe gegen die Abschiebungen Anfang August oder die Demonstration in Traiskirchen zum Jahrestag mitzutragen, das ist vor allem die Schuld der linken Organisationen. Auch wenn einige sich ihren Möglichkeiten entsprechend im Protest engagiert haben gelang es nicht, die gemeinsame Mobilisierungskraft und Erfahrungen zusammenzuschließen. Es wäre wichtig,

Solidaritätsstrukturen an Schulen, Universitäten und im direkten Umfeld von Aktivist_innen zu schaffen die die Bewegung direkt unterstützen können, ohne direkt Teil davon zu sein. Wir schlagen vor, solche Solidaritätskomitees aufzubauen und mit Informations- und Mobilisierungsmaterial zu unterstützen. Die Vorgehensweise der Komitees könnte durch eine gewählte und abwählbare Delegiertengruppe koordiniert werden. Auch wäre es wichtig, andere fortschrittliche Kämpfe mit der Bewegung der Flüchtlinge zu vernetzen. Vor allem die Strukturen gegen den rechten Akademikerball im Januar („Offensive gegen Rechts“ und „noWKR“) sind hier gefragt, den Schritt auf die Bewegung zu zu machen um Antirassismus und Antifaschismus Hand in Hand gehen zu lassen. Auch in anderen Fällen kann und muss der Kampf gegen Ausgrenzung mit den Auseinandersetzungen beispielsweise an den Schulen und rund um das Lehrer_innendienstrecht verknüpft werden.

Nach dem Erfolg der „Rise Together!“ Konferenz im September müssen wir auch eine Aktionskonferenz zur Perspektive und vor allem zum politischen Programm der Bewegung organisieren. Denn wenn ein Jahr offenen Kampfes eines gezeigt hat, dann dass es sich bei den Ungerechtigkeiten im Asylsystem nicht um „Fehler im System“ handelt sondern um kapitalistische Ausgrenzungsmechanismus. Rassismus, also das Überausbeuten einer Gruppen aufgrund ihrer Herkunft ist ein Spaltungsmechanismus im Kapitalismus, der einem gemeinsamen Widerstand auf zwei Arten entgegenwirkt. Auf der einen Seite werden Unterdrückte verschiedener Herkunft gegeneinander aufgehetzt, um den Widerstand zu schwächen. Und auf der anderen Seite werden die „privilegierten“ Staatsbürger_innen an den Extraprofiten aus der Überausbeutung anderer Länder oder ihrer migrantischen Kolleg_innen minimal beteiligt. Viele der Flüchtlinge, die jetzt an den Grenzen der „Festung Europa“ mit Drohnen und Militärschiffen vertrieben werden sollen oder in den europäischen Ländern unter dem täglichen Rassismus leiden kommen außerdem aus Teilen der Welt, in denen Krieg oder Regimes herrschen. Diese Kriege, wie zum Beispiel in Afghanistan werden aber zum größten Teil zum Vorteil der Länder geführt, die die Flüchtlinge jetzt um ihr Recht zu Bleiben betrügen wollen!

Der Kampf gegen Abschiebungen ist also notwendigerweise ein Kampf gegen das kapitalistische System: Gegen ein System von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung. Gegen imperialistische Kriege und wirtschaftlich kolonialisierte Länder, gegen Stacheldraht an den Grenzen und gegen staatlichen Rassismus. Diese Mechanismen und wie sie angegriffen werden können muss eine solche Konferenz thematisieren, so wie der Aktivismus der RPCV sie seit seinem Bestehen frontal angreift.

We demand equal rights!

Ein Artikel von REVOLUTION Austria www.onesolutionrevolution.at

---

Legalisierte Ausbeutung? – Leiharbeit!

Knapp 1 Mio. ArbeiterInnen sind „LeiharbeiterInnen". Leiharbeit ist ein Phänomen, welches seit Ende der 50er Jahre in Europa rumgeistert und offiziell als Mittel verkauft wird, Auftragsspitzen abzufangen oder in Bereichen mit saisonalen Auslastungen, die Einstellung zu erleichtern. Es fallen Begriffe wie: Mehr Flexibilität für Leiharbeiter und Entleiher, zur Einstiegserleichterung in den Beruf für Neuanfänger und Arbeitslose, als Job-Motor für die Wirtschaft und so weiter und so fort – Kurzum, wird es als das Wundermittel für jede Art von Problem auf dem Arbeitsmarkt verkauft. Dabei können die meisten Firmen von Auftragsspitzen im Moment nur träumen. Trotzdem beglücken sie die Arbeitslosen mit diesem „Job-Motor".

Die Realität für die Beschäftigten ist jedoch eine ganz andere. Dieses Beschäftigungsverhältnis dümpelte bis Mitte der 80er Jahre unter 100.000 Beschäftigten vor sich hin, gänzlich nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Das Kapital erkannte, dass sich mit der Leiharbeit ein äußerst gelegenes Mittel

bot, den Kündigungsschutz zu umgehen, die Zahlen stiegen kontinuierlich an. Die rot-grüne Koalition verschaffte dieser Entwicklung einen immensen Auftrieb, als man ganz im Interesse der Wirtschaft, die Arbeitsvermittlungen dazu verpflichtete, fortan Arbeitslose auch an Leiharbeitsfirmen zu vermitteln – wer Arbeitsämter kennt, weiß, dass dies nicht als freundliches Angebot zu verstehen ist.

Zusätzlich deregulierte die Agenda 2010 die Leiharbeit: Abschaffung der Überlassungsdauer von höchstens 3 Monaten, Abschaffung des Synchronisationsverbots – die Beschäftigung durfte nicht auf die Dauer der Entleihung befristet sein – und des Wiedereinstellungsverbots, welches der Umgehung der Überlassungsdauer entgegen wirken sollte. Man schnürte ein ganzes Paket von Angriffen gegen Arbeits- und Tarifrechte und griff in aller Öffentlichkeit, dass propagierte System des Sozialstaats an, um Deutschland „fit für die Globalisierung zu machen“. Tatsächlich war es auch genau das, zumindest für das Deutsche Kapital. Man konnte billiger beschäftigen, schneller entlassen und trieb einen immensen Keil in den Zusammenhalt der Beschäftigten. Die Leiharbeit wurde entfesselt und die Zahlen stiegen auf den Rekordwert von knapp 1 Millionen LeiharbeiterInnen, bei gleichzeitiger Verdrängung von regulären Stellen.

LeiharbeiterInnen sind bei den meisten betrieblichen Aktionen außen vor, da sie ständig mit einer Kündigung rechnen müssen, sehen sich durch keinen Betriebsrat vertreten, außer vielleicht in ihrem eigenen Unternehmen – was sie meist nie zu Gesicht bekommen. Zu gerne werden sie aus diesen Gründen als StreikbrecherInnen eingesetzt und zur Arbeit verpflichtet, sonst folgt die doppelte Kündigung: Erst von dem Entleiher, dann direkt vom Verleiher.

Man wird zu großer Arbeitsleistung getrieben, immer mit der Hoffnung vor Augen doch noch eine Festanstellung zu erhalten. Dieser Arbeitsdruck bleibt auch nicht ohne Auswirkung auf die restlichen Beschäftigten. Erhöhtes Auftreten psychischer und physischer Erkrankungen sind die Folgen unter denen Leiharbeiter zu kämpfen haben. Wie ist es auch anders möglich, wenn man immer ArbeiterIn zweiter Klasse ist, ohne Sicherheit und Perspektive.

Von dem versprochenen Einstieg ins Arbeitsleben bleibt meist nicht viel, da viele die einmal in diesem Kreislauf gefangen sind, nicht mehr raus kommen. Die finanziellen Auswirkung sind nicht weniger haarsträubend: 13,1 % sind sogenannte AufstockerInnen, ArbeiterInnen die zu ihrem Gehalt noch Harz IV beziehen. Der durchschnittliche Verdienst beträgt 60% eines regulär Beschäftigten. Anspruch auf Urlaubs- oder Weihnachtsgeld besteht nicht. Die Differenzen bei den sogenannten Werkverträgen sind noch gravierender.

Auch die Gewerkschaften konnten vor diesen Verhältnissen die Augen nicht verschließen. Hat man einerseits „wohlwollend" die Agenda 2010 abgesegnet, untermauerte man die Ausbeutung sogar noch rechtlich. Ein Abschnitt des Arbeitsüberlassungsgesetzes schreibt vor, dass bei gleicher Arbeit auch gleiche Bezahlung zu erfolgen hat, mit Ausnahme wenn ein entsprechender Tarifvertrag verabschiedet wird. Diese Hintertür wurde natürlich seitens der Unternehmer 2006 mittels der christlichen Scheingewerkschaft CGZP genutzt, die Löhne „aushandelte" weit unter den regulären Tarifen. Das Gegensteuern des DGB bestand darin, ebenfalls einen Tarifvertrag auszuhandeln der jedoch nur minimal besser war. Trotz der nachfolgenden Aberkennung der Tariffähigkeit der CGZP 2011, verlängerte der DGB diesen Tarifvertrag sogar noch. Die IGM erhöhte den Druck etwas in dem Branchenzuschläge ausgehandelt wurden bis zu 50%, was immer noch nur 90% des regulären Lohns beträgt. In schwächeren Branchen gab es jedoch maximal 23%, außerdem werden die Zuschläge erst nach mehrmonatiger Beschäftigung gezahlt, die durchschnittliche Beschäftigungsdauer ist aber weniger als 3 Monate.

Im Oktober diesen Jahres lief der Leiharbeitstarifvertrag wieder aus, aber wieder kämpfte der DGB nicht für eine rechtliche Gleichstellung, sondern handelte einen neuen Tarifvertrag aus. Man vergab also die Chance auf einen Kampf um rechtliche Gleichstellung! Statt Equal Pay gibt es nun eine lausige Lohnerhöhung über drei Jahre hinweg auf 9€ im Westen und 8,50€ im Osten – Beste Vorrausetzung für Harz IV-Aufstockung. Wenigstens als StreikbrecherInnen dürfen Leiharbeiter nicht mehr eingesetzt werden und besitzen das Recht, die Leistung zu verweigern. Der Verleiher darf dann jedoch an andere Betriebe weiterverleihen. Somit eher ein Trostpflaster, statt

einerstichfesten Lösung.

Wieso kämpfen die DGB-Gewerkschaften nicht für eine Abschaffung der Leiharbeit, statt sie weiterhin abzusegnen? LeiharbeiterInnen müssen sich in den Gewerkschaften organisieren und zusätzlich eigene, unabhängige Kampfstrukturen bilden um diesen Verrat und die Spaltung durch die reformistischen GewerkschaftsführerInnen zu stoppen!

Ein Artikel von Baltasar Luchs, REVOLUTION Karlsruhe

Filmkritik: Catastroika

Catastroika ist eine Low-Budget-Dokumentation des griechischen Regisseurs Aris Chatzistefanou (Debtocracy) und behandelt die Auswirkungen der neoliberalen Politik, an aktuellen Beispielen wie Griechenland oder Italien und bringt sie in den historischen Kontext mit Ländern, an denen dieses Konzept bereits desaströs Anwendung fand.

Manche mögen nun denken, dass der im Frühjahr 2012 erschienen Film, doch bereits ein alter Hut sei. Ganz im Gegenteil jedoch besitzt diese Thematik noch immer, dramatische Aktualität, da die grundlegende Situation die gleiche geblieben ist.

Das immer wiederkehrende Hauptthema des Films sind die seitens des IWF, EZB, der führenden Gläubigerländer wie Deutschland und Frankreich, sowie beteiligter Großbanken, auferlegten Sparmaßnahmen für Griechenland und der damit verbundenen systematischen Zerstörung des öffentlichen Besitzes. Verglichen mit der Massenprivatisierung die während des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der DDR stattfand, wird dargelegt, wie ohne jedes Zutun der Öffentlichkeit, der Besitz an Infrastruktur und Produktionsunternehmen verschachert wird. Bestechung von sogenannten „Treuhand-Gesellschaften“ oder Politikern sind dabei ein gängiges Mittel.

Der Besitz an Boden, Anlagen oder Immobilien wechselt zu Schleuderpreisen den Besitzer, das Geld wird sogar durch Weiterverkauf aus den Gütern selbst geholt.

Die aus der Privatisierungs-, Deregulierungs- und Sozialkürzungswelle enstandenen Konsequenzen sind immens und lassen auch keine Besserung erwarten. Massenarbeitslosigkeit, Armut, Prostitution und Kriminalität sind die direkten Folgen, unter denen die Bevölkerung zu leiden hat. Die Dokumentation arbeitet dabei besonders auffällige Wirtschaftsbereiche ab, die auch im Zentrum der griechischen Politik stehen. Verglichen mit der Privatisierung der britischen Eisenbahn, der Pariser und der italienischen Wasserversorgung, des Stromversorgung in Kalifornien – also ein Rundumschlag gegen den öffentlichen Sektor. Die Folgen sind identisch: Preisanstieg um mehrere hundert Prozent, Verschlechterung der Versorgung und Qualität und massenhafter Verlust von Arbeitsplätzen.

Demokratische Vorgänge wie gewählte Regierung oder Volksentscheide werden dabei umgangen. Mittels Propaganda-Kampagnen der Medien schürt man Stimmungen in der Bevölkerung oder „schafft“ erst noch Probleme, wo keine sind. Die Gewinne werden selbstverständlich ebenfalls Privatisiert, die Milliardenschulden verstaatlicht – von den generationenlang aufzubringenden Reparationskosten für die heruntergewirtschafteten, überlebenswichtigen Bereiche ganz zu schweigen.

Der Film führt den Zuschauer*innen erschreckend klar die Auswirkungen der durch die Medien sonst verklärten Politik des Neoliberalismus vor Augen. Eine direkte Schlussfolgerung, wie eine politische Antwort der Bevölkerung darauf auszusehen hat oder wie gezielt der Protest zu organisieren ist, wird nicht präsentiert. Doch dies ist auch gar nicht die Absicht des Films. Die Konsequenzen die man daraus zu ziehen hat, werden dem Beobachter selbst überlassen.

Trotz des „niedrigen“ Budgets von 25.000 Euro wird eine extrem intensive Atmosphäre, durch ausgewählte Film- und Fernsehausschnitte erzeugt, eingestreute Interviews und einer gekonnten musikalischen Untermalung. Auch bekannte Personen wie Slavoj Zizek , Naomi Klein , Ken Loach oder

Greg Palast kommen zu Wort. Catastroika ist dabei komplett von Spenden finanziert worden. Im Internet ist er kostenlos zu finden und dank der hohen Auflösung, auch zur öffentlichen Ausstrahlung gedacht.

Man merkt dem Machwerk an, dass es dabei nicht um eine arrogant-überhebliche Betrachtung des Geschehenen geht, sondern um das Informieren breiter Massen der Gesellschaft. Die Dokumentation will Aufmerksamkeit schaffen, wo noch keine ist und dem Betrachter vor Augen führen, dass der Widerstand der Bevölkerung das einzige Mittel ist, auf diese Angriffe zu reagieren. Ein entscheidender Punkt wird dabei jedoch außen vor gelassen: Die Rolle des bürgerlichen Parlamentarismus. Es wird keinerlei Aussage darüber getroffen, ob diese Probleme innerhalb des bestehenden Wirtschafts- und Politiksystems lösbar sind oder nicht. Die Verstrickung der politischen Vertreter kommt zwar zur Sprache, die Systematik dieser Zusammenarbeit wird aber nicht beleuchtet.

So ist das Schlusswort: „Die Antwort auf Privatisierung kann dennoch nicht sein, die Rückkehr zu einer Situation, die uns dahin brachte, wo wir jetzt stehen. Das Ziel heißt Kontrolle des öffentlichen Eigentums durch die, die es geschaffen haben: die Werktätigen.“, zwar einerseits eine Kampfansage an die bestehenden Verhältnisse, kann in seiner Konsequenz aber sehr weit interpretiert werden. Die Überlegung, was das probate Mittel ist die Allianz aus Kapital und Politik zu zerschlagen, ist aufseiten des Publikums.

Ein Artikel von Balthasar Luchs, REVOLTUION Freiburg

„Government Shutdown“ wegen „Obamacare“

Das neue Haushaltsjahr begann für die USA mit einigen Schwierigkeiten. Da am Stichtag 1. Oktober die Haushaltsmittel noch nicht vom Kongress

bewilligt waren, mussten am nächsten Tag rund 800.000 Staatsbedienstete in unbefristeten, unbezahlten Urlaub geschickt werden. Touristische Ziele wie Nationalparks und die Freiheitsstatue blieben geschlossen, die Zollstellen arbeiteten mit halber Besetzung, Gerichtsverhandlungen und andere Verfahren der US-Bürokratie mussten verschoben werden unangetastet blieben jedoch beispielsweise Polizei, Geheimdienste und Teile des Militärs. Problematisch wurde es außerdem für diverse Rüstungskonzerne wie BAE Systems und United Technologies, welche das US-Militär direkt beliefern, aber auch für andere Unternehmen (z.B. Boeing, Airbus), die aus den USA exportieren. Bei allen gingen tausende Angestellte ohne Gehalt nach Hause und auf Grund fehlender Dokumente und einem verzögerten Zollverfahren wurden hohe Profiteinbußen verzeichnet, was sich auch an der Börse bemerkbar machte. Die Schätzung der Schäden des insgesamt 16 Tage andauernden Shutdowns liegen bei 24 Milliarden Dollar. Die Gehälter der Beamt*innen sollen nun rückwirkend bezahlt werden. Doch wie kam es überhaupt dazu zu einem derartigen Debakel?

Senat, Repräsentantenhaus und Präsident müssen sich über eine neue rechtliche Grundlage für die Bewilligung von Haushaltsmitteln einigen, wenn die bisherige ausläuft. Der Vorschlag der Demokraten sah eine Anhebung der Schuldengrenze, sowie die Krankenversicherungsreform von Präsident Obama vor. Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus jedoch lehnt „Obamacare“ ab. Die Opposition gibt die damit verbundenen erhöhten Gesundheitsausgaben und Steuererhöhungen als Grund an undwollen verhindern, dass sich der Staat vermehrt in das unübersichtliche Versicherungssystem einmischt. Das wäre ja schon fast Kommunismus. Seit Monaten läuft die Kampagne gegen die Reform, welche den Versicherungsmarkt transparenter gestalten soll. Um diese also zumindest zu verzögern verabschiedeten sie einen Gegenvorschlag und blockierten so die Haushaltsbewilligung. Der Regierungsapparat musste herunterfahren. Hinzu kommt noch, dass ohne eine neue Schuldenobergrenze am 17. Oktober das Maximum der Staatsverschuldung von 16,7 Billionen $ erreicht worden wäre. Ohne die Möglichkeit, neue Kredite aufzunehmen, wäre ein Staatsbankrott unumgänglich gewesen, welcher ein Chaos in Finanzsystem und Wirtschaft ausgelöst und die Situation der Bevölkerung noch verschlimmert hätte.

Nach mehr als zwei Wochen einigten sich Demokraten und Republikaner endlich auf einen Übergangshaushalt. Die Schuldenobergrenze wird soweit angehoben, dass die USA mindestens bis zum 7. Februar 2014 liquide bleiben. Alle lahmgelegten Verwaltungen und Einrichtungen haben mittlerweile ihre Arbeit wieder aufgenommen. Die Republikaner haben eine Verschiebung von „Obamacare“ auf nächstes Jahr und die Abschaffung einer Steuer auf medizinische Geräte erreicht. Als Sieg kann man das jedoch nicht bezeichnen, ein großer Teil der Menschen ist mit dem Vorgehen der Republikaner unzufrieden und gibt ihnen die Schuld an den Auswirkungen der Blockade, wie den nicht erhaltenen Gehältern, der Gefährdung ihrer Arbeitsplätze sowie der gesamten Wirtschaft. Besonders die Tea Party ist laut Umfragen in ihrem Ansehen gefallen, immer weniger Amerikaner*innen haben Illusionen in die Politik der Konservativen. Doch der Shutdown ist auch ein Armutszeugnis für die gesamte amerikanische Regierung und den bürgerlichen Staat an sich. Es wurde wieder einmal deutlich gemacht, dass er unfähig ist, die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung zu vertreten, nur ein Werkzeug der Kapitalistenklasse darstellt und abgeschafft gehört.

Ein Artikel von Felix Ernst, REVOLUTION